



Prodekan Prof. Dr. Schuster-Sewc, Direktor des Sorbischen Instituts

1946 Neulehrer, 1968 Prodekan

Als Wissenschaftler beeindruckt mich im Entwurf unserer sozialistischen Verfassung natürlich besonders der Artikel 16, der die Wissenschaft und Forschung sowie die Anwendung ihrer Erkenntnisse als wesentliche Grundlage unserer sozialistischen Gesellschaft festlegt. Er ist Ausdruck für die große Bedeutung, die im sozialistischen Staat der Wissenschaft als entscheidender Produktivkraft beigemessen wird. Er unterstreicht zugleich die große Anerkennung, die von Partei und Regierung der täglichen Arbeit des Wissenschaftlers entgegengebracht wird.

Natürlich steht die Wissenschaft heute auch in Westdeutschland und in anderen kapitalistischen Ländern an vorderster Stelle. Der entscheidende Unterschied ist jedoch der, daß die Wissenschaft im Kapitalismus nur Machtinstrument der herrschenden Klassen und der von ihnen gesteuerten Monopole ist. Sie wird von ihnen auf das schändlichste für ihre menschenfeindlichen Interessen mißbraucht. In unserem Staat dagegen ist durch den Abschnitt 4 des Artikels 18 jeglicher gegen den Frieden, die Völkerverständigung, gegen das Leben und die Würde der Menschen gerichtete Mißbrauch der Wissenschaft verboten.

Wissenschaft und Bildung sind in der sozialistischen DDR kein Privileg von Ausgewählten und Begünstigten mehr. Die neue Verfassung bestimmt für jeden Bürger das gleiche Recht auf Bildung, und jedem stehen die Bildungsstätten offen. Als Sohn eines sorbischen Arbeiters weiß ich dies

ganz besonders zu schätzen. Ähnlich wie für Tausende meiner deutschen Altersgenossen waren mir Oberschule und Universität einst nur weite, unerreichbare Wunschträume. Erst im Staat der Arbeiter und Bauern wurde das schier Unmögliche zur Wirklichkeit. 1946 als Neulehrer in einem sorbischen Dorf beginnend, habe ich zusammen mit der Entwicklung der DDR Stufe um Stufe meiner Laufbahn erklimmen, um heute als Wissenschaftler an einer so bedeutenden Bildungstätte wie der Karl-Marx-Universität in der verantwortlichen Stellung eines Prodekans an der Gestaltung unserer sozialistischen Wissenschaft unmittelbar mitzuarbeiten.

Es ist Ausdruck des zutiefst demokratischen und humanistischen Charakters unseres sozialistischen Staates, daß heute auch ein Angehöriger der sorbischen nationalen Minderheit eine solche akademische Funktion bekleiden darf. Dem war nicht immer so! Als in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts der sorbische Wissenschaftler Dr. J. P. Jordan an der Leipziger Universität zugleich erstmalig in Deutschland slawistische Vorlesungen zu halten versuchte, wurde er bald wegen seiner slawischen Nationalität und seiner demokratischen Gesinnung durch die damaligen reaktionären Kräfte von der Universität vertrieben. Für einen so bedeutenden Slawisten wie den Sorabisten Prof. Dr. Ernst Machke (1854-1922) waren die Pforten an den deutschen Universitäten zeit lebens versperrt.

Heute aber garantiert die erste sozialistische deutsche Verfassung im Artikel 35 den Bürgern der DDR sorbischer Nationalität nicht nur das Recht zur Pflege ihrer Muttersprache und Kultur, sondern unterstreicht zugleich die großzügige Förderung dieses Rechtes durch den Staat.

Unsere Verfassung

Sie bedarf der Kraft der Bürger

Die weitere Entwicklung der DDR unter der neuen Verfassung stellt an das Verantwortungsgelühl jedes Bürgers unseres Staates neue und höhere Anforderungen. Die Verfassung - als Programm der gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Entwicklung der DDR - ist zur Realisierung der hohen humanistischen und politischen Ziele darauf angewiesen, daß alle Bürger mit ihrer ganzen Kraft und Begeisterungsfähigkeit dazu beitragen, sie zu realisieren und mit Leben zu erfüllen. In diesem Sinne verpflichtet sich alle Mitarbeiter des Instituts, mit bescheidenen Kräften zur weiteren Entwicklung der DDR beizutragen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Bemühungen, zu noch größeren Erfolgen in Lehre, Forschung und Erziehung zu kommen. Weiterhin werden die Mitarbeiter des Instituts der sozialistischen Landwirtschaft noch mehr als bisher Unterstützung gewähren und insbesondere zur Erreichung einer hohen Effektivität in der tierischen Produktion unter industriemäßigen Produktionsbedingungen beitragen.

Kollektiv des Val-Physiologisch-Chemisches Instituts

Sozialistisches Kollektiv spricht mit Patienten über die Verfassung

In unserem sozialistischen Kollektiv der Hautklinik Station 68 wurden die einzelnen Artikel des Verfassungsentwurfs diskutiert. Wir sind mit ganzem Herzen dabei und werden wie bisher als Schrittmacher dieses Vertrauens nachfolgenden und von Marx und Engels lernen, um unsere Republik ökonomisch und politisch zu stärken. Wir verpflichten uns, mit allen Patienten auf unserer Station über unseren neuen Verfassungsentwurf zu sprechen.

I. A. Zausell

Richtschnur für die tägliche Arbeit

Wie wir morgen leben werden, das hängt von Denken und Handeln eines jeden von uns ab. Unsere neue Verfassung wird die Richtschnur für unsere tägliche Arbeit sein.

A. M. Barth, Versuchsmechaniker, Inst. I. Tierzucht und Milchviehzucht

Jugendobjekt an der Chirurgie

Wir sind bereit, höhere Anforderungen und mehr Verantwortung zu übernehmen, und sind bestrebt, durch Höchstleistungen die Versorgung unserer Patienten weiter zu verbessern und um einen wissenschaftlichen Höchststand in unserem Fachgebiet zu ringen. Als Jugendobjekt übernehmen wir von Herrn Prof. Kötze den Auftrag, eine wissenschaftliche Dokumentation für die allgemein-chirurgischen Stationen auf der Grundlage eines Leokartensystems zu erarbeiten.

FDI-Gruppe Chirurgische Klinik

Realisierung der Verfassung ist harter Klassenkampf

Vergessen wir nicht, daß unsere erste Verfassung in härtestem Klassenkampf mit einem erfahrenen und skrupellosen Gegner entstand, daß der Weg von ihr bis zur Diskussion unserer sozialistischen Verfassung ein opferreicher Weg mit intensiver Arbeit war, auf dem sich als unsere größte Erbinnerschaft der sozialistische Mensch und die sozialistische Menschengemeinschaft herauszubilden begann. Der Rückblick auf diesen Weg mit seinen großen Erfolgen, muß uns veranlassen, die Diskussion um unsere Zukunft mit Freude und vollem Verantwortungsbewußtsein zu führen.

Prof. Dr. Gerhard Zschäbitz

Gemeinsamkeit aller Schichten durch führende Rolle der Arbeiterklasse

VOLKSAUSSPRACHE ZUM VERFASSUNGSENTWURF

UZ stellte Prof. Großer folgende Fragen:

Wie wird in der neuen Verfassung das Zusammenwirken aller Klassen und Schichten bei der Machtausübung garantiert?

Bereits im Kapitel I des Verfassungsentwurfes wird hervorgehoben, daß das Zusammenwirken aller Klassen und Schichten unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei in den Grundlagen unserer Gesellschaft fest verankert ist. Die Deutsche Demokratische Republik ist „die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land“ und „das feste Bündnis der Arbeiterklasse mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, den Angehörigen der Intelligenz und den anderen Schichten des Volkes“ gebildet zu den unantastbaren Grundlagen der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Die von Ausbeutung befreite Gesellschaft bildet die Grundlage für das Wirken neuer Triebkräfte, deren wichtigste die Übereinstimmung der politischen, materiellen und kulturellen Interessen der Werktätigen und ihrer Kollektive mit den gesellschaftlichen Erfordernissen ist. Diese Grundlagen und gemeinsamen Grundinteressen bilden die entscheidenden materiellen Garantien für das Zusammenwirken aller Klassen und Schichten bei der Machtausübung.

Diese Gemeinsamkeit unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, die sich bereits bei der Verwirklichung der ersten Verfassung unserer Republik bewährt hat, kommt darin zum Ausdruck, daß Angehörige aller Klassen und Schichten, aller Parteien und Massenorganisationen in den demokratisch gewählten Volksvertretungen auf allen Ebenen

tätig sind. Erstmals wird auch verfassungsrechtlich - in Artikel 3 des Entwurfes - die Nationale Front des demokratischen Deutschland als organisierter Ausdruck des Bündnisses aller Kräfte des Volkes gewürdigt. Über die vielfältigen Formen des Systems der sozialistischen Demokratie und durch ihre gesellschaftlich nützliche Tätigkeit sind die Angehörigen aller Klassen und Schichten an der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus beteiligt. Es ist Ausdruck der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei und Anliegen ihrer Bündnispolitik in kameradschaftlicher Zusammenarbeit die grundlegende Zielsetzung der gesellschaftlichen Entwicklung und die Hauptwege ihrer Verwirklichung gemeinsam mit allen Bevölkerungsschichten herauszuarbeiten.

Im Entwurf der neuen Verfassung werden allen Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik gleiche Grundrechte zugesichert. Wie steht es damit, wenn es um das Recht auf Bildung geht? Ist in diesem Zusammenhang nicht der Artikel 32 des Verfassungsentwurfes als eine Einschränkung des Artikels 31 zu betrachten? Warum geht man bei der Immatrikulation an den Universitäten und Hochschulen und bei der Stipendienzahlung von der sozialen Herkunft aus?

Hier geht es offensichtlich um drei Probleme.

Zum ersten wird in Artikel 31 das gleiche Recht jeden Bürgers auf Bildung formuliert, das vor allem durch weitere Verwirklichung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems, dessen Kern-

bestandteil die allgemeinbildende polytechnische Oberschule ist, garantiert wird. Auch in anderen Artikeln des Verfassungsentwurfes (z. B. 16 und 30) wird die Notwendigkeit hervorgehoben, allen Bürgern eine den ständig steigenden gesellschaftlichen Erfordernissen entsprechende hohe Bildung zu vermitteln. Dabei schließt unser Bildungssystem eine Vielzahl von Wegen und Formen der Aus- und Weiterbildung nach Abschluß der Oberschule ein.

Zum zweiten konkretisiert der Artikel 32 die Verwirklichung des Rechtes auf Bildung hinsichtlich des Überganges zur nächsthöheren Bildungsstufe bis zu den höchsten Bildungsstätten. Der reale Charakter der sozialistischen Demokratie und die Einheit von Rechten und Pflichten, von Rechten und den erforderlichen Garantien kommen hier anschaulich darin zum Ausdruck, daß die Gesellschaft wie auch der einzelne darauf orientiert werden, die Übereinstimmung der gesellschaftlichen Erfordernisse mit den Kollektiv- und Einzelinteressen herzustellen. Eben darum geht es, wenn hervorgehoben wird, daß beim Übergang zur nächsthöheren Bildungsstufe 1. das Leistungsprinzip, 2. die gesellschaftlichen Erfordernisse und 3. die soziale Struktur der Bevölkerung zu berücksichtigen sind. Deshalb besitzen diese Prinzipien auch keinen einschränkenden Charakter, sondern tragen dazu bei, das Recht auf Bildung entsprechend den gesellschaftlichen Bedingungen und Möglichkeiten im Interesse der raschen Vorwärts-

entwicklung des Sozialismus und der Entfaltung der Persönlichkeit des einzelnen umfassend zu realisieren. Da die soziale Struktur der sozialistischen Gesellschaft durch das Bestehen verschiedener Klassen und Schichten gekennzeichnet ist, die Arbeiterklasse heute und in Zukunft an den Brennpunkten des sozialistischen Aufbaus den Hauptanteil bei der Entwicklung und Festigung unserer sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung hat und die Sicherung ihrer führenden Rolle im Interesse der Gesamtentwicklung liegt, muß dieser Faktor seine Berücksichtigung finden.

Wenn im Verfassungsentwurf gesagt wird, daß Stipendien und Studienbeihilfen nach sozialen Gesichtspunkten und nach Leistung gewährt werden, so schließt das auch die Beachtung der konkreten sozialen Lage (Familie, Tätigkeit vor dem Studium usw.) ein.

Zum dritten sei auf den Abschnitt 5 des Artikels 31 verwiesen, wo es heißt: „Die Lösung dieser Aufgaben wird durch den Staat und alle gesellschaftlichen Kräfte in gemeinsamer Bildungs- und Erziehungsarbeit gesichert.“ Das bedeutet für uns, die vorhandenen Möglichkeiten entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen mit hoher Effektivität zu nutzen und durch hohe Leistungen Mittelknappheit zu überwinden. Dieser Auftrag der Verfassung ist gleichermaßen an Lehrende und Studierende gerichtet.

Zwischen Marcuse und Marx

Die KPD ist zu einem Zeitpunkt mit ihrem Programmverwurf an die Öffentlichkeit getreten, da die außerparlamentarische Opposition über die Ufer tritt, innerhalb derer sie denn gerade noch verortet zu können glaubte, und sich in ihr die Erkenntnis langsam Bahn bricht, daß allein mit Reformen und Reformen um Bonner System nichts Wesentliches zu ändern ist, daß vielmehr eine grundsätzliche Umstellung der gesellschaftlichen Verhältnisse notwendig ist.

Allerdings ist die daraus entspringende politische Aktivität der westdeutschen und Westberliner Studenten gegen Vietnamkrieg, Neofaschismus und Sozialabbau, für Demokratisierung der Hochschulen noch in vieler Hinsicht zersplittert und diffus sowie mit antikommunistischen Ressentiments und - gerade unter Intellektuellen und Studenten - mit vielen in der bürgerlichen Ideologie wurzelnden sektiererischen und revolutionären Vorstellungen belastet. Deutlich wird dieser Stand an der Haltung eines der führenden Funktionäre der oppositionellen Studenten, Rudi Dutschke, der zwar einerseits zu der richtigen Erkenntnis fand, daß die

bürgerliche Gesellschaft durch eine andere Ordnung ersetzt werden müsse, andererseits aber äuferte, die Übernahme des traditionellen Marxismus sei nicht möglich, nicht eine geschlossene Ideologie sei das Gebot der Stunde, sondern permanente Diskussion. Was die andere Ordnung betrifft, so sind die Vorstellungen darüber sehr nebelhaft.

Diese Auffassungen sind wesentlich geprägt von Theorien bürgerlicher Ideologen vom Schlage des Philosophen Marcuse, die die Umgestaltung der Gesellschaft von einer Intelligenz-Elite erwarten, die führende Rolle der Arbeiterklasse leug-

DIE LETZTEN WOCHEN IN WESTDEUTSCHLAND

nen und sich wesentlich auf die Negation des Bestehenden beschränken. Die Bourgeoisie fürchtet solche Ideologen nicht. Das hat Marcuse selbst eingestanden, als er feststellte: „Die Macht kann es sich leisten, daß ich... das alles sagen kann.“ Die westdeutsche Bourgeoisie fürchtet aber Marx und seine Partei, die den Massen eine richtige Orientierung in ihrem ant imperialistischen Kampf gibt, die z. B. den Studenten rät, sich stärker mit den Arbeitern zu verbinden. Hier bietet der Polizeistaat alle Mittel auf, um zu verhindern, daß sich praktisch-politische Bewegung und revolutionäre Theorie verbinden. **ld**

Die Westberliner halten nicht still

Man sollte gelegentlich daran erinnern, daß die Probleme, um die gegenwärtig besonders zugespitzt in Westberlin gefochten wird, nicht isolierte Westberliner Probleme sind. Es ist Bonner Politik, gegen die der Kampf der Westberliner sich richtet. Schütz ist ja eigens nach Westberlin geschickt worden, um diese Politik durchzusetzen. Sie zeichnet sich aus durch Furcht vor der Alternative, wie der Terror gegen die KPD und ihren Programmverwurf zeigt: durch Furcht vor Veränderungen, die sich in Hetze, Verleumdung und Aggressionsabsichten gegen die DDR manifestiert; durch Furcht vor Veränderungen, aus der die brutale Knüppel gegen die Wahrnehmung demokratischer Grundrechte durch wen auch immer resultiert; und durch Furcht, die aktive Unterstützung der USA für die eigenen Aggressionspläne zu verlieren, was zu besonderer Wut und Grausamkeit bei der Verfolgung aller Gegner des Vietnamkrieges führt.

Das gilt für Westdeutschland wie Westberlin. Daß der Protest dagegen in Westberlin größeren Widerhall findet, hat sicher mehrere Ursachen. Eine wesentliche ist: Dort wütet auch die Reaktion am stärksten, und das ist nicht zufällig. Auf der Hetzrundgebung vor dem Schöneberger Rathaus am vergangenen Mittwoch proklamierte Schütz ausdrücklich die Zugehörigkeit Westberlins zur Bundesrepublik. Mit gutem

Grund. Schütz' Aultag ist die Leitung der ersten Etappe der Bonner Aggression: die Annexion Westberlins und seine Einverleibung als 11. Bundesland. Der Erfolg in diesem ersten Kampfschritt ist entscheidend für die nächste Etappe, die Annexion der DDR, die sie großwahrsinnig zum 12. Bundesland machen wollen.

Man kann sich in Westberlin noch viel weniger als anderswo eine Opposition gegen diese Pläne leisten, weil sie das Funktionieren des Brückenkopfes Westberlin in dieser zweiten Etappe der Aggression gefährdet. Schütz' Politik also ist Bestandteil der offiziellen Bonner Politik, die in die Periode der unmittelbaren Kriegsvorbereitung eingetraten ist. Die besondere Rolle, die dabei Westberlin zugeordnet ist, führt zum verschärften Terror gegen die Bevölkerung, zwang die Terroristen aller Gattungen, die Masken fallen zu lassen. So sah man an jenem Mittwoch SP-Schütz, Mattek, Schier, CDU-Achtmann, die Neo-SA NP-Thodden und sogar die meist im Dunkel bleibenden Drahtzieher, die westdeutschen Monopole (die für Kundgebungssteineher sogar Oberstundenschläge zahlten), gemeinsam in der Öffentlichkeit agieren.

Das alles und die Vorstufen dieser Eskalation der Aggressionsvorbereitungen helfen aber auch der Westberliner Bevölkerung bei der Erkenntnis von der Größe der Gefahr, die Kissinger und Schütz, BDI-Berg und Thodden über sie bringen wollen. Und es zeigte sich die erste Fahlkalkulation in der Rechnung der Aggressoren: die Westberliner halten nicht still. **rom**

Erkenntnis des Klassenkampfes

„Der Rechtsstaat funktioniert nur, wenn massenhaft Druck auf ihn ausgeübt wird“, stellte Rudi Dutschke am Sonntag vor acht Tagen fest, nachdem die von Schütz fünfmal verbotene Demonstration der 20000 gegen die USA-Verbrechen in Vietnam doch stattgefunden hatte und die 3000 bereitgestellten Polizisten nicht zum Einsatz kamen.

Der Satz ist wichtig, als Erkenntnis der Tatsache, daß dieser Staat überhaupt gezwungen werden kann. Der imperialistische Staat ist im Gegensatz zu unserem ein dem Menschen fremdes Gebilde, es scheint ungreifbar und damit unangreifbar. Die Demonstrationen in Westdeutschland und Westberlin und die Reaktion der Repräsentanten dieses Staates reißen nun ein Stück nach dem anderen von diesem Schleier, beweisen täglich, wer dieser Staat ist, wessen Staat es ist. Und wie zeigen, unter welchen Voraussetzungen ihm und seinen Herren betzukommen ist: „massenhaft Druck“ und vor allem vereinter Druck aus allen Bevölkerungsschichten.

Längst ist die Mär von der studentischen Minderheit gepläpelt. Nachdem daran sowieso keine mehr glaubte, erlaube sich „Der Spiegel“, das durch eine repräsentative Umfrage bestätigen zu lassen: 87 Prozent aller Studenten sind willens, gegen die westdeutsche Politik in Bonn und Westberlin zu demonstrieren. Was „Der Spiegel“ wohlweislich unterließ, war eine ähnliche Umfrage unter der Arbeiterklasse. Gerade die Gemeinsamkeit der Demonstranten - vom SED-Vorsitzenden Danellus und zwei oppositionellen SP-Stadträten über Gewerkschaftsfunktionäre, Arbeiter bis zu den Studenten - sicherte aber den Erfolg der Demonstration vom Sonntag. Am 2. Juni, wo es fast ausschließlich gegen Studenten ging, wurde die Polizei noch losgeschickt, am 18. Februar wagte man das nicht.

Was am Sonntag in Westberlin passierte, war Klassenkampf gegen die Imperialisten der USA und gleichermaßen gegen die westdeutschen. Allein diese Erkenntnis bedeutet viel. Sie war Grundlage dieses Erfolges und gewinnt an Wert, weil sie sich nicht auf die Demonstranten beschränkt. Schon hagelt es aus ganz Westdeutschland Proteste gegen Westberlins DGB-Boß Sichert, weil er die Klasse verriet, die zu führen ihn seine Funktion verpflichten würde. **Ms.**